

04.07.2022

## **Ludwigshafen trifft Vorkehrungen für etwaige Gasmangellage – Stadtverwaltung schaltet Beleuchtung öffentlicher Gebäude ab und senkt Temperaturen im Freibad**

Im Zuge der von der Bundesregierung ausgerufenen zweiten Eskalationsstufe im Notfallplan Gas trifft Ludwigshafens Stadtverwaltung Vorkehrungen, um den Energie- und Stromverbrauch auf das Nötigste zu beschränken. Unter Führung von Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck hat sich ein Krisenstab gebildet, in welchem verschiedene Bereiche und städtische Eigenbetriebe an Lösungen arbeiten, um die durch eine mögliche Gasmangellage entstehenden Folgen abzumildern. Dabei soll ein Maßnahmenkatalog entstehen und Einsparpotentiale aufgezeigt werden, um den Energieverbrauch städtischer Stellen und Liegenschaften konsequent zu senken. Oberstes Ziel ist es dabei, die Energiegrundsicherung für die kritische Infrastruktur im Stadtgebiet und die Menschen in Ludwigshafen nachhaltig zu gewährleisten.

Der Stab soll unter anderem darüber beraten, wie Notfall- und Notfalldienstpläne aussehen können, um die Daseinsvorsorge der Verwaltung sicherzustellen. Dabei ist beispielsweise zu überlegen, welche Dienstleistungen mit wie vielen Personalressourcen und in welchem Umfang in einer Krisensituation erfolgen können. Um den Verbrauch von Wärme und Strom zu reduzieren, wird derzeit vorbereitet, die Raumtemperatur in Sport- und Turnhallen zu senken sowie das warme Wasser für Sanitäreanlagen in Sportstätten abzustellen. Inwieweit die Hallenbäder im Winter überhaupt für den Badebetrieb zur Verfügung stehen können, soll nach Lage der Dinge entschieden werden. Die Stadtverwaltung prüft ferner, wie sich mit Beginn der Heizperiode die Betriebszeiten von Heizungen und Lüftungen in Verwaltungs-, Schulgebäuden sowie Veranstaltungshäusern auf ein absolut erforderliches Mindestmaß zurückfahren lassen. Die Planungen der Stadtverwaltung beinhalten auch die Schaffung sogenannter Wärmeinseln für Bedürftige, die Friedrich-Ebert-Halle ist als entsprechende Kriseneinrichtung vorgesehen.

Es ist weiter angedacht, die Straßenbeleuchtung zu reduzieren und in der Nacht Ampelanlagen abzuschalten, wo dies möglich ist. Außenbeleuchtungen, die für die Verkehrssicherheit notwendig sind, bleiben davon unberührt. Die Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung erhalten zudem zeitnah Schulungen, in denen sie Informationen erhalten, wie sie durch angepasstes Nutzer\*innenverhalten möglichst viel Energie sparen können.

Wassertemperatur im Freibad gesenkt und Beleuchtung öffentlicher Gebäude abgeschaltet

Im Freibad ist die Temperatur des Beckenwassers bereits heruntergeregelt worden. Es erfolgt kein Aufheizen mehr auf 24, sondern maximal noch auf 22 Grad Celsius. Um Energie einzusparen werden öffentliche Gebäude wie zum Beispiel der Pfalzbau oder das Rathaus ab dem Abend des heutigen Montags, 4. Juli 2022, bis auf Weiteres nicht mehr beleuchtet. Die Stadtverwaltung greift damit die Hinweise des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz auf, Energie einzusparen, um möglichen Versorgungsengpässen im Herbst gegenzusteuern. Hintergrund ist der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit seinen Folgen für Deutschland. Das Ministerium hatte am 23. Juni 2022 die Alarmstufe Gas ausgerufen. Dies erfolgte, nachdem Russland die Gasflüsse nach Deutschland in den vorangegangenen Tagen deutlich reduziert hatte.

"Wir bereiten uns aktuell mit Blick auf den Herbst und Winter auf alle Notfallszenarien vor und werden zu gegebener Zeit öffentlich über unser Vorgehen informieren. Wir sind im Moment in der internen Abstimmung. Dabei gilt es, viele Abwägungen vorzunehmen. Mit der Senkung der Wassertemperatur sowie dem Abschalten der Beleuchtung öffentlicher Gebäude gehen wir

einen ersten Schritt und wollen zugleich ein Zeichen setzen: Es ist absolut wichtig, dass wir alle – Verwaltung, Industrie und Bürger\*innen – sehr bewusst mit unseren Ressourcen umgehen und jetzt Energie sparen, wo wir nur können", betonte Steinruck. "Wir haben innerhalb der Verwaltung einen Krisenstab eingerichtet, der sich kontinuierlich mit der Thematik befasst, und es werden weitere Maßnahmen zum Energiesparen folgen. Mit diesen Aktionen möchten wir mit gutem Beispiel vorangehen und die Bevölkerung für den Ernst der bestehenden Lage sensibilisieren", ergänzte die Oberbürgermeisterin, die am Montag, 4. Juli 2022, den Hauptausschuss über diese Entscheidungen informierte.